

## **JUGEND BETEILIGEN – SOLIDARISCH UND KRISENSICHER!**

*Zur NRW-Landtagswahl fordert der Landesjugendring NRW, Eigenständige und Einmischende Jugendpolitik als Querschnittsthema in allen politischen Ressorts umzusetzen.*

*Junge Menschen müssen angehört werden und ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen erhalten!*

**Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2022 fordern wir, junge Menschen endlich wirksam zu beteiligen und ihre Bedürfnisse und Interessen umfassend zu berücksichtigen. Unsere Forderungen richten wir an alle demokratischen Parteien, die sich um Sitze im neuen NRW-Landtag bewerben.**

Junge Menschen tragen die Folgen politischen Handels am längsten und haben gleichzeitig viel zu wenige Möglichkeiten, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten. Die Corona-Pandemie hat die Lage für junge Menschen verschärft und gezeigt, dass ihnen keine politische Priorität zukommt. Das muss sich ändern! Junge Menschen haben einen einmaligen und wertvollen Blick auf die Gesellschaft. Sie haben ein Recht auf Zukunft. Sie haben das Recht, politisch beteiligt und vertreten zu werden – mit ihren unterschiedlichen Positionierungen, Interessen und Bedarfen. Ihnen solidarisch und krisensicher politische Teilhabe zu ermöglichen, ist der Grundgedanke einer Einmischenden und Eigenständigen Jugendpolitik. Die Rechte junger Menschen, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten sind, müssen bedingungslos eingehalten werden und in das Grundgesetz aufgenommen werden.

## **RECHT AUF MITBESTIMMUNG**

*Wir fordern eine krisensichere Verankerung junger Interessen im Land und in den Kommunen!*

Wir fordern alle demokratischen Parteien auf,

- die Entwicklung einer landesweiten Jugendstrategie unter Beteiligung junger Menschen zu beschließen und diese umzusetzen,
- das Wahlalter abzusenken,
- das Mindestalter für sachkundige Bürger\_innen in der Gemeindeordnung abzusenken und
- die auskömmliche Förderung der Jugendverbandsarbeit und ihrer Zusammenschlüsse in den Kommunen und Kreisen sicherzustellen.

## RECHT AUF ZUKUNFT

*Wir fordern einen entschiedenen Kampf gegen den Klimawandel!*

- Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, konkrete, sofortige und langfristige Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen.<sup>1</sup> Wir fordern hierzu die Abschaltung aller Braunkohle-Kraftwerke in NRW bis zum Jahr 2030, eine konsequente klimaneutrale Strom- und Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien, den Erhalt und die Aufforstung von CO<sub>2</sub>-bindenden Wäldern, die Förderung von klimafreundlicher Mobilität, den Aufbau einer klima- und umweltverträglichen und tiergerechten Landwirtschaft sowie die Abschaffung klimaschädlicher Subventionen. Zur nachhaltigen Transformation gehört auch die Beschäftigungssicherung in den betroffenen Regionen. Insbesondere junge Menschen stehen durch die notwendige ökologische Transformation vor Herausforderungen. Eine Ausbildungsplatzgarantie wäre nicht nur durch § 6 der Landesverfassung gedeckt, sondern ist ein notwendiger Schritt zur sozialen Sicherung in der wirtschaftlichen Transformation.
- Junge Menschen müssen an politischen Entscheidungsprozessen zum Thema Klimaschutz und Klimaanpassung beteiligt werden. Konkret fordern wir von der Landesregierung, junge Interessen im Konzept der „Zukunftsagentur Rheinisches Revier“ sowie in ihrem „Landesentwicklungsplan (LEP)“ zu berücksichtigen.

## RECHT AUF BILDUNG

*Wir fordern die Anerkennung non-formaler Bildungsräume!*

Wir fordern von der Landesregierung, dass sie sich den weiten Bildungsbegriff, wie im Dialogforum Bildungslandschaften NRW beschrieben, zu eigen macht und Maßnahmen in allen Politikfeldern dementsprechend abstimmt. Dazu gehören u.a. Freiräume, außerschulische Lernorte sowie unverzweckte Zeit für junge Menschen.

- Wir fordern die Neubewertung des Offenen Ganztags unter dem Aspekt „Kommunale Bildungslandschaften“. Statt OGS sind entsprechende Netzwerkknoten zu schaffen, Freiräume zu ermöglichen und Konkurrenzen zwischen Bildungsakteur\_innen abzubauen.
- In der Ausgestaltung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung sind Kernprinzipien der Jugendarbeit wie Subjektorientierung, Partizipation, Freiwilligkeit, Selbstorganisation und -bestimmung, Selbstwirksamkeitserfahrung, Aneignungs- und Aushandlungspraxis umzusetzen.

---

<sup>1</sup> Siehe Beschluss der Vollversammlung vom 16. November 2019: „Mit Hand und Fuß für unsere Zukunft: Jugendverbände in NRW kämpfen für ein generationengerechtes Klima“.

- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, sich in der Konferenz der Kultusminister\_innen entschieden für einen Ferienkorridor einzusetzen, der 14 Tage gemeinsame Sommerferien aller Bundesländer realisiert.

## RECHT AUF ANKOMMEN

*Wir fordern die Anwendung der UN-Kinderrechtskonvention für junge Menschen auf und nach Flucht!<sup>2</sup>*

- Wir fordern, dass alle demokratischen Parteien die UN-Kinderrechte im Umgang mit Kindern und Jugendlichen in NRW – unabhängig von ihrer Herkunft – in allen Bereichen sicherstellen und dass alle Kinder die gleichen Entwicklungschancen erhalten!
- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, einen dauerhaften Abschiebestopp für junge Menschen und ihre Familien in NRW zu gewährleisten. Dazu gehört auch, den Neubau und Weiterbetrieb von Abschiebehafteinrichtungen zu verhindern.
- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, Migration nach NRW zuzulassen und offene und sichere Fluchtwege zu ermöglichen!
- Wir fordern Zugang zu Schulen für junge Menschen in Erstaufnahmeeinrichtungen schon vor der Zuweisung in Kommunen!

## RECHT AUF SCHUTZ VOR SEXUALISierter GEWALT

*Wir fordern eine systematische Präventionsarbeit!*

- Die Jugendverbandsarbeit leistet bereits einen wichtigen Beitrag zur Prävention sexualisierter Gewalt. Diese Arbeit und die bestehenden Konzepte müssen Anerkennung finden. Die Bildung von Netzwerken aller Akteur\_innen im Bereich des Kinderschutzes ist wichtig. Auch daran muss die Jugendverbandsarbeit beteiligt sein.
- Wir fordern, die Strukturförderung der Jugend(verbands)arbeit für nachhaltige Präventionsarbeit erheblich zu erhöhen!

---

<sup>2</sup> Siehe Beschluss der Vollversammlung vom 14. Oktober 2017: „Jugendpolitische Leitlinien des Landesjugendrings NRW 2017 - 2022“ und Beschluss des Hauptausschusses vom 10. Dezember 2019: „Empowerment! Junge Geflüchtete als Akteur\_innen unserer Gesellschaft stärken“.

## RECHT AUF MOBILITÄT

*Wir fordern einen jugendgerechten Nahverkehr!<sup>3</sup>*

- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf ein landesweites Jugendticket für 1 Euro pro Tag zur Verfügung zu stellen und
- den öffentlichen Nahverkehr, insbesondere im ländlichen Raum, sowie Geh- und Radwege jugendgerecht auszubauen!

## RECHT AUF SCHUTZ VOR RASSISTISCHER UND ANTISEMITISCHER DISKRIMINIERUNG

*Wir fordern eine starke Landesregierung gegen Rechts!*

- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, Beratungs- und Präventionsstrukturen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus durch eine kontinuierliche finanzielle Förderung abzusichern.
- Wir fordern den Ausbau von unabhängigen Beschwerdestellen und Beratungsstrukturen für Betroffene von rechten, rassistischen und antisemitischen Übergriffen.
- Wir fordern, Präventionsarbeit gegen rassistische und antisemitische Gewalt in NRW zu stärken. Präventionsarbeit muss dabei noch stärker in der Ausbildung und in der Fort- und Weiterbildung von für junge Menschen machtvolle Personen vorkommen. Hierzu gehören Erzieher\_innen, Lehrkräfte, Beschäftigte im Gesundheitswesen, Verwaltung und Polizei. Wiederkehrende Rassismus-Sensibilisierung muss vor allem in diesen Arbeitsbereichen verpflichtend sein.
- Wir fordern alle Wahlberechtigten dazu auf und verpflichten uns selbst, bei der Landtagswahl 2022 rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien wie der AfD, völkischen Bewegungen und der extremen Rechten entschlossen entgegenzutreten.

## RECHT AUF SCHUTZ VOR KINDERARMUT

*Wir fordern Chancengleichheit für alle jungen Menschen!*

- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, soziale Ungleichheiten abzubauen und Kinderarmut zu bekämpfen.

---

<sup>3</sup> Siehe Beschluss der Vollversammlung am 10. November 2019: „Jung und mobil: Freie Fahrt für junge Menschen!“

## RECHT AUF DIGITALISIERUNG

*Wir fordern Zugänge zu Teilhabe und Bildung für alle!*

- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, Digitalisierung als Chance auf Bildung und Teilhabe anzuerkennen,
- den Glasfaserausbau – besonders im ländlichen Raum – voranzutreiben,
- einen besseren Schutz für Junge Menschen vor Cyberkriminalität, Cybergrooming, rechter Propaganda, Fake News, Hetze im Netz und Datenmissbrauch zu gewährleisten und
- Maßnahmen zu ergreifen, um Junge Menschen in ihrer digitalen Teilhabe zu stärken und gegen mediale Suchtgefahren zu wappnen.

## RECHT AUF INKLUSION

*Wir fordern Teilhabechancen für junge Menschen mit Behinderungen!*

- Wir fordern alle demokratischen Parteien dazu auf, Inklusion konsequent umzusetzen und dazu mehr personelle, bauliche und finanzielle Förderung bereitzustellen.
- Wir fordern, die vollständige Umsetzung der seit 2009 in Deutschland geltenden UN-Behindertenrechtskonvention in NRW zu beschleunigen – insbesondere im Hinblick auf die Teilhabemöglichkeiten junger Menschen mit Behinderung.